



73. Jahrgang / September 2000

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

- | | |
|--|---|
| 41. Überlegungen des Verfassungsgerichtshofes zu einer Tiroler Wasserleitungsordnung | 46. Fortbildung für Gemeindefachleute und Gemeindebedienstete |
| 42. Brandgefahren in Alten- und Pflegeheimen | 47. Gemeinden, macht bei CNT und Ris-Kommunal mit |
| 43. Beglaubigung von Personenstandsunterlagen | |
| 44. Streusplitt (Ab) Lagerungen | Verbraucherpreisindex für Juli 2000 (vorläufiges Ergebnis) |
| 45. Lärmschutzrichtlinie für Freiluftveranstaltungen | |

41.

Überlegungen des Verfassungsgerichtshofes zu einer Tiroler Wasserleitungsordnung

Der Verfassungsgerichtshof hat sich in seinem Erkenntnis vom 30. Juni 2000, Zahl V 101/98-21, mit der Zulässigkeit einer Wasserleitungsordnung und der darin geregelten Abgrenzung der Wasserversorgungsanlage und Überwälzung von Reparaturkosten auseinandergesetzt. Wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung werden die Überlegungen des Verfassungsgerichtshofes in ihrem wesentlichen Inhalt wiedergegeben:

I. 1. Beim Bezirksgericht T behängt ein Rechtsstreit wegen Ersatzes von Reparaturkosten an der Wasserversorgungsleitung zum Hause des Beklagten in Höhe von S 13.529,- s.A. An dieser Leitung trat ein Rohrbruch auf, der von der Klägerin behoben wurde. Die Klägerin stützt ihren Anspruch auf Ersatz der Reparaturkosten auf § 11 3.) der Wasserleitungsordnung der Gemeinde T. Der Beklagte wandte ein, Ursache für den Wasserrohrbruch sei die Verlegung einer Erdgasleitung gewesen. Er habe der Klägerin keinen Auftrag zur Behebung erteilt; im Übrigen sei der Rechtsweg unzulässig.

Außer Streit steht, dass der Rohrbruch mehr als 1 m nach der an der Versorgungsleitung befindlichen Absperrvorrichtung noch auf dem Grundstück der Gemeinde (Straßengrund) aufgetreten ist.

Aus Anlass dieser Klage hat das Bezirksgericht T gemäß Art. 139 Abs. 1 B-VG an den Verfassungsgerichtshof den Antrag gestellt, den zweiten Satz in § 11 3.) der Wasserleitungsordnung der Gemeinde T. („Die Kosten hat der Grundstückseigentümer für alle Aufwendungen

ab 1 m nach der an der Straßenhauptleitung befindlichen Absperrvorrichtung zu tragen.“) als gesetzwidrig aufzuheben.

2. § 11 der Wasserleitungsordnung der Gemeinde T. (im folgenden: WLO) lautet (die angefochtene Wortfolge ist hervorgehoben):

„1.) ...

2.) ...

3.) Unterhaltung und eventuell erforderliche Änderungen der Zuleitungen bis zur ersten Absperrvorrichtung nach dem Wasserzähler obliegen dem Wasserwerk. Die Kosten hat der Grundstückseigentümer für alle Aufwendungen ab 1 m nach der an der Straßenhauptleitung befindlichen Absperrvorrichtung zu tragen. Die Kosten für die Unterhaltung der Absperrvorrichtung an der Straßenhauptleitung bis zu 1 m ab dieser hat das Wasserwerk zu tragen.

4.)–6.) ...“

II. Der Verfassungsgerichtshof hat erwogen:

1.2. Die WLO sieht in § 1 vor, dass die Gemeinde eine Wasserversorgungsanlage betreibt. Unter der Bezeichnung „Anschluss- und Benutzungsrecht“ regelt § 2 den Anschluss von Grundstücken, die in der Gemeinde liegen. § 3 1.) bestimmt, dass die Grundstückseigentümer die Herstellung einer neuen und die Änderung einer bestehenden Wasserleitung (Versorgungsleitung) nicht verlangen können. 2.) regelt, unter welchen Vorausset-

zungen das Wasserwerk den Anschluss eines Grundstückes an eine bestehende Straßenleitung versagen kann. §§ 4 und 5 regeln den Anschlusszwang und die Befreiung davon, §§ 6 bis 8 regeln den Benutzungszwang und die Befreiung davon sowie Anschluss und Benützung der Wasserleitung für Feuerlöschzwecke, § 9 das Verfahren der Anmeldung eines Wasseranschlusses, § 11, dessen Abs. 3 oben wörtlich wiedergegeben ist, die Ausführung und Unterhaltung des Anschlusses. Die übrigen Bestimmungen betreffen im Wesentlichen Fragen der Wasserlieferung, die Verrechnungsart, die Benützung öffentlicher Brunnen, den Zutritt zu Wasserleitungsanlagen und Auskunftspflichten, die Beendigung des Wasserbezuges und Gebühren, § 18 enthält Strafbestimmungen bei Verstößen gegen die Satzung.

Die Darstellung ihres Inhaltes zeigt, dass diese als „Satzung“ bezeichnete, durch Anschlag an der Amtstafel der Gemeinde kundgemachte WLO ihrem Aufbau, der ganzen Systematik und ihrem Inhalt nach (s. insbesondere § 18) insgesamt eine Verordnung im Sinne des Art. 18 Abs. 2 und des Art. 139 Abs. 1 B-VG darstellt. Auch die angefochtene Bestimmung ist eine Verordnungsbestimmung.

1.3. Da auch die übrigen Prozessvoraussetzungen vorliegen, ist der Antrag zulässig.

2.1. Der Verfassungsgerichtshof teilt die Auffassung der Tiroler Landesregierung, dass die WLO auf keiner spezialgesetzlichen Grundlage beruht.

Der Tiroler Landesgesetzgeber hat von der Ermächtigung des § 36 WRG 1959, ein Ausführungsgesetz zu erlassen, keinen Gebrauch gemacht. (§ 30 Abs. 3 Tiroler Gemeindeabgabengesetz, LGBL. 43/1935, wurde

durch das Tiroler Rechtsbereinigungsgesetz, LGBL. Nr. 5/1993, aufgehoben.)

2.2. Art. 118 Abs. 6 B-VG ermächtigt die Gemeinden, nach freier Selbstbestimmung Verordnungen zu erlassen, wenn diese eine Angelegenheit des eigenen Wirkungsbereiches betreffen, die Abwehr zu erwartender oder die Beseitigung bestehender, das örtliche Gemeinschaftsleben störender Missstände verfolgen und nicht gegen bestehende Gesetze oder Verordnungen des Bundes oder des Landes verstoßen (z. B. VfSlg. 7960/1976, 9762/1983, 10274/1984, 11926/1988). Eine ähnliche Ermächtigung sieht § 28 TGO 1966 vor – wie auch schon § 27 TGO 1949 –, auf den sich die Präambel der WLO beruft und auf den sich einige der Verfahrensparteien beziehen.

Der Verfassungsgerichtshof stimmt mit der Tiroler Landesregierung darin überein, dass die WLO diese Voraussetzungen erfüllt. Durch Erlassung der WLO, die Anschluss- und Benutzungszwang vorsieht, sollte zu erwartenden Missständen bei der Wasserversorgung der Bevölkerung vorgebeugt werden (vgl. zu einer Abwasserbeseitigungsanlage VfSlg. 6556/1971), sei es, dass es in nicht genussfähiger Beschaffenheit vorhanden ist.

Diesem Zweck dient schließlich auch § 11 WLO: Wenn eine ortspolizeiliche Verordnung Regelungen über den Anschluss- und Benutzungszwang enthalten darf, so muss es auch möglich sein, Vorschriften darüber zu erlassen, wer die Kosten für die Instandhaltung der Leitungen trägt. Nichts anderes aber ist Gegenstand der angefochtenen Bestimmung.

3. Dem Antrag des Bezirksgerichtes T war daher keine Folge zu geben.

42.

Brandfahren in Alten- und Pflegeheimen

„Im Alter versteht man besser, die Unglücksfälle zu verhüten, in der Jugend, sie zu ertragen.“ Im Allgemeinen hat dieser Aphorismus von Schopenhauer seine Gültigkeit behalten – im Bereich der Brandverhütung aber nicht. Denn ebenso wie die Kinder zählen hier auch die Senioren zu den besonderen Risikogruppen. Vor allem wenn sie Situationen nicht mehr erkennen und darauf selbständig reagieren können. Dann muss mit geeigneten Maßnahmen für ihre Sicherheit gesorgt werden. gerade in den Alters- und Pflegeheimen werden aber oft

gravierende Mängel bei den Brandschutzeinrichtungen festgestellt.

Ausreichende Bauvorschriften

Um die Brandgefahr von vorneherein zu minimieren, müssen bereits während der Bauphase einige Voraussetzungen geschaffen werden. Die wichtigsten davon sind in den „Technischen Richtlinien Vorbeugender Brandschutz TRVB 132“ definiert und werden durch regionale Bauvorschriften der Bundesländer ergänzt. Damit

bestehen ausreichende gesetzliche Bestimmungen, die bei Neubauten durchwegs auch umgesetzt werden. Bei den älteren Heimen werden jedoch häufig Schwachstellen aufgespürt. Die Experten der Brandverhütungsstellen beanstanden im Zuge von feuerpolizeilichen Überprüfungen immer wieder, dass notwendige Brand- oder Rauchabschnitte fehlen und es an betrieblichen Maßnahmen – vor allem an Alarmsystemen – mangelt.

Evakuierung ist oft unmöglich

Eines der Hauptprobleme orten die Brandverhütungsstellen in den mangelnden Evakuierungsmöglichkeiten. Durch zu geringe Tür- und Gangbreiten in den Pflegebereichen ist es oftmals unmöglich, Patientenbetten in einen anderen Brandabschnitt zu verschieben. Die einzige Möglichkeit besteht dann im Einbau von Brandschutztüren und Brandrauch-Entlüftungsmög-

lichkeiten, um gegen eine Brand- und Rauchausweitung vorzusorgen.

Der höchste Stellenwert ist allerdings den betrieblichen Maßnahmen beizumessen. Denn eine fundierte Ausbildung des Personals in der Handhabung von Mitteln der Ersten und Erweiterten Löschhilfe kann über Leben und Tod der Heimbewohner entscheiden. Von wem auch immer diese Schulungen durchgeführt werden – die Einbindung der örtlichen Feuerwehr ist bei der Erstellung von Alarm- und Räumungsplänen jedenfalls unerlässlich.

(Aus Ereignisse.Entwicklungen.Maßnahmen 1999/2000)

Kontaktadresse:

Tiroler Landesstelle für Brandverhütung,
Ing. Martin Zernig,
Sterzingerstraße 2, Stöcklgebäude, 6020 Innsbruck,
Tel. 0512/581373, Fax. 0512/581453-20

43.

Beglaubigung von Personenstandsunterlagen

Eine Gemeinde hat eine Geburtsurkunde beglaubigt und für die Beglaubigung Stempelgebühren in Höhe von S 180,- und eine Gemeindeverwaltungsabgabe in Höhe von S 30,- verlangt. Der Betroffene hat sich über die Vorschreibung der Stempelgebühren und Gemeindeverwaltungsabgaben beschwert; er habe sich bei anderen Gemeinden erkundigt und dabei die unterschiedlichsten Auskünfte hinsichtlich der zu entrichtenden Abgaben erhalten.

Aus juristischer Sicht wird festgehalten:

Eine Gemeinde hat keine Befugnis, eine Geburtsurkunde zu beglaubigen.

Weitere Personenstandsunterlagen können vielmehr jederzeit ohne Begrenzung der Stückzahl beim Standesamt, das seinerzeit Geburt, Heirat oder Tod beurkundet hat, angefordert werden. Die Kosten betragen S 90,- Stempelgebühr und S 30,- Verwaltungsabgabe je Dokument.

Was die Beglaubigung von Kopien, also die Bestätigung der Übereinstimmung von Kopien mit dem vorgelegten Original betrifft, werden im standesamtlichen

Bereich nur gerichtlich oder notariell beglaubigte Kopien anerkannt bzw. von den Standesämtern keine derartigen Beglaubigungen vorgenommen. Lt. Auskunft der Beglaubigungsstelle beim Bezirksgericht Innsbruck betragen die Gerichtskosten für die Beglaubigung S 20,- je beschriftete Seite, Stempelgebühren fallen nicht an. Notare verlangen für eine beschriftete Seite ein Honorar von S 21,- zuzüglich USt. und verg Gebühren jeden begonnenen Bogen mit S 50,- Stempel.

Zusammenfassend wird festgehalten, dass Gemeinden ohne eigenes Standesamt keine gültigen Beglaubigungen von Personenstandsunterlagen vornehmen dürfen. Dass diese Vorgangsweise ohne entsprechende Ermächtigung in der Praxis vorkommt, bestätigt neben den Aussagen des Beschwerdeführers auch die Mitteilung der Beglaubigungsstelle beim Bezirksgericht Innsbruck, dass sie nicht selten mit ungültigen Personenstandskopien konfrontiert sei, welche „gemeindeamtlich bestätigt bzw. beglaubigt“ worden sind.

(Landesvolksanwalt für Tirol,
Zl. LV 3349/3 vom 3. August 2000)

44.

Streusplitt(Ab)Lagerungen

Mehrere Anzeigen wegen der (Ab)Lagerung von Straßenstreusplitt entlang von Bundes-, Landes- und/oder Gemeindestraßen sind der Abteilung Umweltschutz bekannt geworden. Aus rechtlicher Sicht ist dazu Folgendes festzuhalten:

Die Abteilung Umweltschutz hat stichprobenartig Untersuchungen des Splitts aus der Frühjahrskehrung 1997 durchgeführt und hierüber den Bericht vom Februar 1998 vorgelegt.

Im Rahmen der Untersuchung erfolgte auch eine Gegenüberstellung der ermittelten Ergebnisse mit den Grenzwerten der Deponieverordnung (DeponieVO), BGBl. Nr. 164/1996. Zwar liegen die Mittelwerte der Eluatwerte unter den Grenzwerten für Bodenaushubdeponien. Anders ist das Ergebnis bei den Schadstoffgesamtgehalten. Der vorgefundene Mittelwert der Summe der Kohlenwasserstoffe von 245,5 mg/kg TS (Trockensubstanz) überschreitet selbst den Grenzwert für eine Baurestmassendeponie von 100 mg/kg TS.

Straßenkehrricht (Splitt) ist daher auf einer Reststoff- bzw. Massenabfalldeponie zu entsorgen (vgl. Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Umweltschutz,

Untersuchungen des Splitts aus der Frühjahrskehrung 1997, Seite 29 ff).

Straßenkehrricht (Splitt) neben Bundes-, Landes- und/oder Gemeindestraßen abzulagern, ist daher rechtlich unzulässig.

Selbst wenn solche Materialien einer Verwertung zugeführt werden, ist diese Form der „Zwischenlagerung“ unzulässig, da sie nicht als „ordnungsgemäß“ zu qualifizieren ist. Um von einer Verwertung ausgehen zu können, muss der Verwertungszweck und damit auch der zeitliche Rahmen feststehen.

Darüber hinaus unterliegen solche Ablagerungen dem Altlastenbeitrag gemäß § 3 Abs. 1 Zif. 1 Altlastensanierungsgesetz (ALSAG), BGBl. Nr. 299/1998, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 151/1998. Bei Straßenkehrricht handelt es sich um „übrige Abfälle“ im Sinne des § 6 Abs. 1 Zif. 4 ALSAG. Außerdem erhöht sich der Altlastenbeitrag um S 400,- gemäß § 6 Abs. 2 Zif. 3 ALSAG.

(Abteilung Umweltschutz
Zahl U-3000a/ vom 10. Juli 2000)

45.

Lärmschutzrichtlinie für Freiluftveranstaltungen

Freiluftveranstaltungen, dazu zählen Rockkonzerte, Videowall-Veranstaltungen, Zeltfeste oder Freiluftkino-Vorführungen, erfreuen sich zunehmender Beliebtheit, jedoch zeigen sich im dicht verbauten Gebiet und bei länger andauernden Veranstaltungen zunehmend negative Reaktionen der Wohnbevölkerung.

Als Beurteilungsgrundlage für die Veranstaltungsbehörden, im Regelfall ist dies der Bürgermeister, wurde im Juni 2000 vom Umweltbundesamt eine Lärmschutzrichtlinie für Freiluftveranstaltungen veröffentlicht. Mit dieser Richtlinie ist es auch ohne schalltechnische Kenntnisse möglich anhand von farbigen Folien die

Schalleinwirkung beim Nachbarn zu prognostizieren und darauf aufbauend die zulässige Häufigkeit und Dauer von Veranstaltungen am jeweiligen Standort festzulegen. Weiters werden zum Schutz vor gesundheitsschädigenden Einwirkungen Schallgrenzwerte im Publikumsbereich angegeben.

Die Richtlinie ist beim Umweltbundesamt, Spittelauer Lände 5, 1090 Wien, zum Preis von ATS 150,- zzgl. Versandspesen excl. 10% UST erhältlich.

(Abteilung Emissionen Sicherheitstechnik Anlagen
Zl. VIe1-A-103/28 vom 25. August 2000)

46.

Fortbildung für Gemeindemandatare und Gemeindebedienstete

A. Das Tiroler Bildungsinstitut – Grillhof bietet in Zusammenarbeit mit dem Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Gemeindeangelegenheiten folgende Seminare an:

1. Kosten- und Leistungsrechnung – Grundzüge der Kalkulation von Gebühren und Entgelten

Referent: Mag. Alexander Maimer, KDZ Wien

Termin: Dienstag, 26. - Mittwoch, 27. September 2000

Ort: Tiroler Bildungsinstitut - Grillhof, Vill

Seminarinhalt: In Anbetracht knapper werdender Budgets und gleichzeitig steigender Anforderungen an die Vollziehung sehen sich die öffentlichen Verwaltungen einem wachsenden Reform- und Kostendruck gegenüber. Ziel dieses Seminars ist es, den Teilnehmern die wesentlichen Inhalte der modernen Kosten- und Leistungsrechnung zu übermitteln. Anhand konkreter Beispiele aus der Gemeindepraxis lernen die Teilnehmer den Aufbau und die Einführungsschritte kennen.

Seminarbeitrag: ATS 1.600,- inkl. Seminarunterlagen

2. Steuern des Gemeindebudgets mit Kennzahlen

Referent: Mag. Peter Biwald, KDZ Wien

Termin: Dienstag, 24. Oktober 2000

Ort: Tiroler Bildungsinstitut - Grillhof, Vill

Seminarinhalt: Von Bürgermeister, Amtsleitern und Kassieren wird verlangt, dass sie über die nötigen betriebswirtschaftlichen Kenntnisse verfügen. Kenntnisse der Kosten- und Leistungsrechnung, Budgetierung usw. zählen zu diesen Kenntnissen. Für die Erstellung und Überwachung des Gemeindebudgets ist die Entwicklung von Kennzahlen eine wichtige Voraussetzung, zumal sie eine wichtige Grundlage für die Erstellung des Budgets darstellen.

Seminarbeitrag: ATS 900,- inkl. Seminarunterlagen

3. Von Unterwürfigen und Querulanten – konstruktiver Umgang mit „schwierigen Kunden und Beschwerden“

Referenten: Mag. Irene Sachse

und Mag. Gerda Zeman-Steyrer,
beide KDZ Wien

Termin: Mittwoch, 22. November

bis Donnerstag, 23. November 2000

Ort: Tiroler Bildungsinstitut – Grillhof, Vill

Seminarinhalte: Im Gemeindeamt als Dienstleistungseinrichtung haben Bürgermeister, Amtsleiter,

Sekretäre, Kassiere usw. viel mit Bürgern, Lieferanten, Medien und anderen Verwaltungseinrichtungen zu tun. Nicht alle Kontaktpersonen zählen zu den angenehmen Gesprächspartnern.

Das Seminar bietet Mitarbeitern der Verwaltung, die intensiven Kontakt zum Bürger haben, die Möglichkeit, bestehendes Wissen in den Bereichen Kommunikation, Konflikt- und Beschwerdemanagement zu vertiefen und neue Instrumente und Methoden kennenzulernen sowie in praktischen Übungsbeispielen anzuwenden.

Seminarbeitrag: ATS 2.850,- inkl. Seminarunterlagen

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Tiroler Bildungsinstitut – Grillhof,

Grillhofweg 100, A-6080 Igls-Vill,

Telefon: 0512/38 38 - 0, Fax: 0512/38 38 -50,

E-mail: grillhof@tirol.com

B. Das Tiroler Volksbildungswerk veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem Fachverband der leitenden Gemeindebediensteten folgende Seminare:

a) für Oberland und Außerfern im Noaflhaus in Telfs (Parkmöglichkeit in der Rathaustiefgarage)

1. Vertragsbedienstetengesetz

Referenten: Gottfried Geiger,

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Gemeindeangelegenheiten

und RR Walter Schwamm,

Leiter der Personalabteilung

des Stadtmagistrats Innsbruck a. D.

Zeit: Mittwoch, 20. September 2000, 14.00–17.00 Uhr

2. Offene Gemeindeabgaben - Was ist zu tun?

Referenten: Dr. Hans Fankhauser,

Vorstand der Abteilung für Gemeinde-

abgaben des Stadtmagistrats Innsbruck

und Prof. Dr. Othmar Koren,

Alpenländischer Kreditorenverband

Zeit: Mittwoch, 8. November 2000, 14.00–17.00 Uhr

3. Stempelgebühren und Gemeindeverwaltungsabgaben

Referenten: HR Mag. Stornig-Bauer, Finanzamt für

Gebühren und Verkehrssteuern Inns-

bruck und Mag. Christine Salcher,

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Finanzen

Zeit: Dienstag, 12. Dezember 2000, 14.00–17.00 Uhr

4. Vorbereitung auf die Volkszählung 2001

Referenten: in Vorbereitung

Zeit: Mittwoch, 17. Jänner 2001, 14.00–17.00 Uhr

b) für Unterland und Osttirol in Kundl, Gasthof St. Leonhard

Offene Gemeindeabgaben – Was ist zu tun?

Referenten: Dr. Hans Fankhauser,

Vorstand der Abteilung für Gemeindeabgaben des Stadtmagistrats Innsbruck und Prof. Dr. Othmar Koren,

Alpenländischer Kreditorenverband

Zeit: Donnerstag, 12. Oktober 2000, 14.00–17.00 Uhr

c) für Unterland und Osttirol in Hopfgarten im Briental, Salvena

1. Stempelgebühren und Gemeindeverwaltungsabgaben

Referenten: HR Mag. Stornig-Bauer,

Finanzamt für Gebühren und Verkehrssteuern Innsbruck

und Mag. Christine Salcher,

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Finanzen

2. Vorbereitung auf die Volkszählung 2001

Referenten: in Vorbereitung

Zeit: 25. Jänner 2001, 14.00 - 17.00 Uhr

Regiebeitrag: Bei allen Seminaren unter B. ATS 150,-

Nähere Auskünfte (Anmeldungen bei den Seminaren unter B. sind nicht erforderlich):

Tiroler Volksbildungswerk, Geschäftsstelle,

A-6080 Igls, Grillhofweg 100,

Telefon/Telefax: 0512/379102,

E-mail: volksbildungswerk@tirol.com

C. Das Tiroler Volksbildungswerk lädt weiters zur Veranstaltung „Legale Blockade – Reglementieren wir uns bis zur Unbeweglichkeit?“ ein.

Im Mittelpunkt der Tagung stehen Fragen von Sinn, Zweck und Notwendigkeit der Deregulierung im Verwaltungsbereich. Was muss der Staat wirklich regeln? Aus welchen Bereichen kann sich der Gesetzgeber getrost zurückziehen, ohne dass Chaos ausbricht? Wo besteht Bedarf an mehr Freiheit, um Initiativen zu fördern? etc.

Referenten:

Mag. Klaus Fankhauser, Gemeindeamtsleiter der Marktgemeinde St. Johann i. T.

„Wo drückt der Schuh auf Gemeindeebene?“

Prof Dr. Peter Pernthaler,

Institut für öffentliches Recht in Innsbruck

„Föderalismus – Realität, Illusion, unnötiger Aufwand oder Zukunftshoffnung?“

LAD-Stellvertreter Dr. Helmut Schwamberger,

Amt der Tiroler Landesregierung

„Verwaltungsbedarf und Verwaltungsreform auf Landesebene“

Prof. Dr. Christian Smekal,

Institut für Finanzwissenschaft in Innsbruck

„Deregulierung aus volkswirtschaftlicher Sicht – schafft Freiraum (nur) Chancen?“

Zeit: Mittwoch, 15. November 2000, 8.30–13.00 Uhr

Ort: Senatssitzungssaal, Alte Universität, 1. Stock, Innrain 52, A-6020 Innsbruck

Nähere Auskünfte und Anmeldungen:

Tiroler Volksbildungswerk, Geschäftsstelle,

A-6080 Igls, Grillhofweg 100,

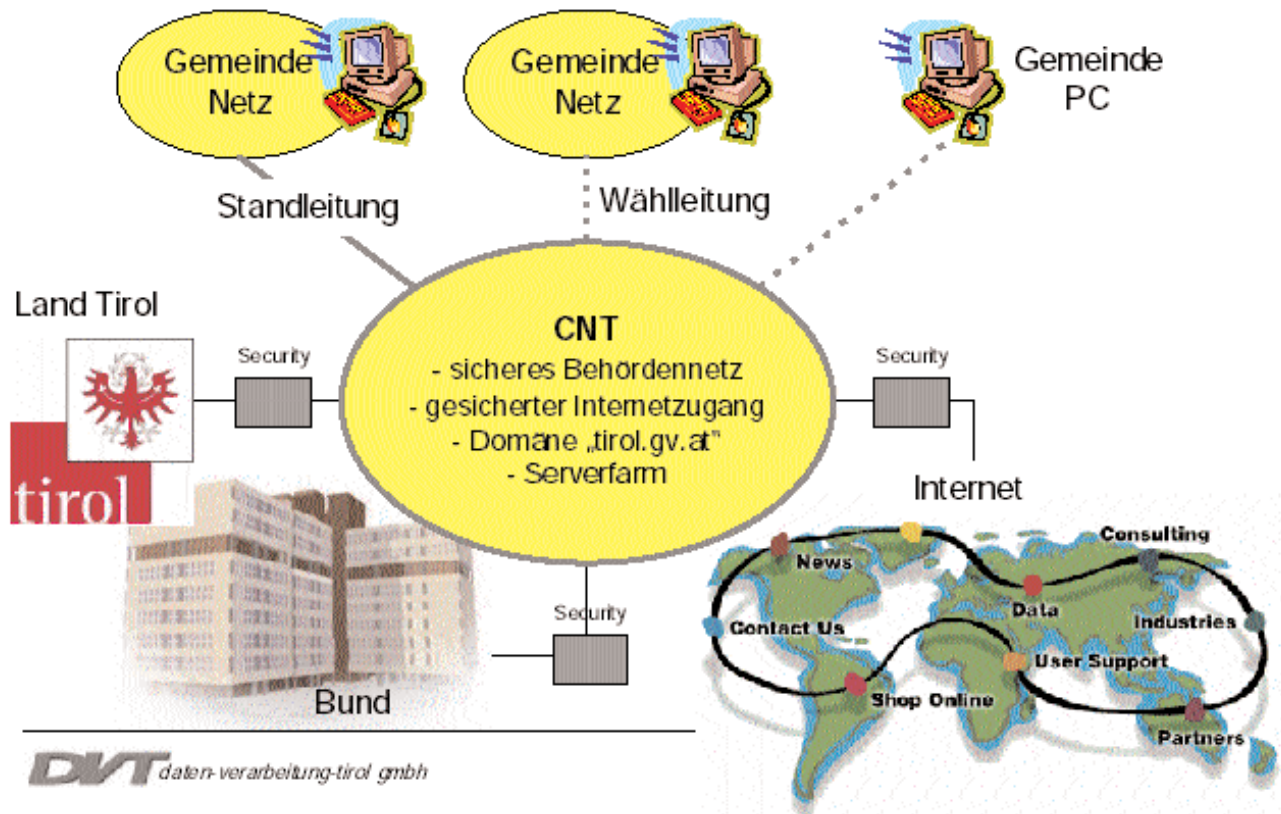
Telefon/Telefax: 0512/379102,

E-mail: volksbildungswerk@tirol.com

47.

Gemeinden, macht bei CNT und Ris-Kommunal mit!

CNT ein sicheres Behördennetz



RiS Kommunal - Die Homepagelösung für Gemeinden.....



Der Internetauftritt für alle Tiroler Gemeinden

RiS Kommunal – ein modernes Werkzeug für die Kommunikation und Verarbeitung von Daten

Abilden einer realen Gemeinde im Internet

Umfangreiche Informationsmöglichkeit für den Bürger

Einbinden und gestalten eigener Formulare

Keinerlei Programmier- oder spezielle Internetkenntnisse notwendig

Editieren statt programmieren steht im Vordergrund

Datenbankanwendung – keine mengenmäßigen Beschränkungen

Integriertes Redaktionstool – Gemeinde kann jederzeit selbständig die Informationen ändern

WebCity – direkte Anbindung an GemGIS (Geografisches Informations- System)

Automatische Einbindung von Help.gv.at

**VERBRAUCHERPREISINDEX
FÜR JULI 2000**
(vorläufiges Ergebnis)

	Juni 2000 (endgültig)	Juli 2000 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	105,4	105,5
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	137,9	138,0
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	214,3	214,5
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	376,0	376,3
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	479,0	479,5
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	480,5	481,0

Der Index der Verbraucherpreise 1996 (Basis: Durchschnitt 1996 = 100) für den Kalendermonat JuLi 2000 beträgt 105,5 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber Juni 2000 (105,4 endgültige Zahl) um 0,1% gestiegen. Die Steigerungsrate gegenüber Juli 1999 beträgt 2,8% (Juni 2000/1999: + 2,7%).

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck